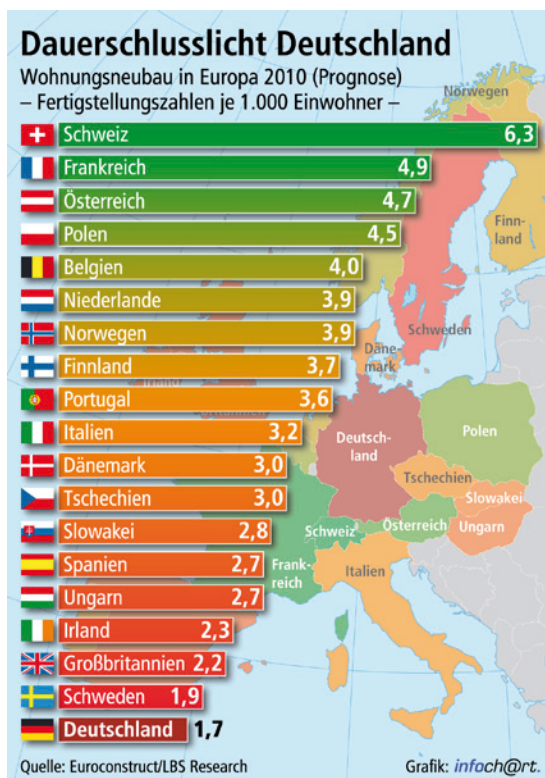


Bayerns Innenminister Herrmann: Deutschland braucht mehr Wohnungsbau – Bund und Länder sind gefordert

Der historische Tiefstand der Wohnungsbautätigkeit ist eine der aktuell größten Herausforderungen für die Wohnungspolitik. Seit Jahren bleibt insbesondere in den Wachstumsregionen Deutschlands die Wohnungsbautätigkeit hinter dem Bedarf zurück. Der Bund müsse auch nach 2013 den Ländern zweckgebundene Mittel für die Finanzierung von Maßnahmen der Wohnraumförderung zur Verfügung stellen. Dies erklärte Joachim Herrmann, Innenminister des Freistaats Bayern, beim 45. Königsteiner Gespräch des ifs Instituts für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen in Berlin.



Der Freistaat Bayern hat die in Folge der Föderalismusreform erlangten Kompetenzen genutzt, um den Wohnungsbau bestmöglich unterstützen zu können. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern hält Bayern die Wohnraumförderung auf hohem Niveau. Dieser Einsatz reicht aber nicht aus. Wichtige Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau werden auch nach der Föderalismusreform vom Bund gesetzt. Deshalb fordere ich vom Bund die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung im Mietwohnungsbau, verbunden mit flankierenden steuerlichen Maßnahmen zur Förderung der Klimaschutzziele. Darüber hinaus fordere ich, dass der Bund auch nach 2013 den Ländern zweckgebundene Mittel für die Finanzierung von Maßnahmen der Wohnraumförderung zur Verfügung stellt. Dies erklärte Joachim

Bayern die Wohnraumförderung auf hohem Niveau

Herrmann, Innenminister des Freistaats Bayern, beim 45. Königsteiner Gespräch des ifs Instituts für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen in Berlin.

2009 sei in Bayern bei den Baufertigstellungen zum dritten Mal in Folge ein historischer Tiefstand erreicht worden. Auch in Deutschland insgesamt befinde sich die Wohnungsbautätigkeit im Tief. Nach Studien verschiedener renommierter Forschungsinstitute liege der Neubaubedarf deutlich höher. Das gelte insbesondere für die Wachstumsregionen. Dort habe der Wohnungsmangel bereits jetzt konkrete negative Auswirkungen. So werde es in München aufgrund der steigenden Mieten vor allem für Familien mit Kindern zunehmend schwieriger, eine angemessene und bezahlbare Wohnung zu

Bezahlbarer Wohnraum in München sinkt

finden. Zudem sinke das für die übrigen Konsumzwecke verfügbare Einkommen, die wirtschaftliche Entwicklung bleibe auch deshalb hinter ihren Möglichkeiten zurück. Hier sei die Politik gefordert.

Die Föderalismusreform I beinhaltet einen Übergang weitreichender Kompetenzen im Wohnungswesen auf die Länder. Der Freistaat Bayern habe die sich daraus ergebenden Chancen genutzt und am 1. Mai 2007 als erstes Bundesland ein eigenes Wohnraumförderungsgesetz in Kraft gesetzt. Dadurch konnte den veränderten Entwicklungen und den Herausforderungen unserer Zeit Rechnung getragen werden, indem u.a. die Handlungs- und Entscheidungsspielräume der Behörden vor Ort erweitert, die Einkommensgrenzen angepasst und die Voraussetzungen für die Übertragung von Bindungen gelockert wurden. Insbesondere wurden damit im Hinblick auf den demographischen Wandel und den Klimawandel Weichenstellungen für ein altengerechtes und energieeffizientes Bauen vorgenommen.

Der Freistaat Bayern halte außerdem die Wohnraumförderung auf hohem Niveau. 2010 stünden wie im Vorjahr 215 Millionen Euro für neue Maßnahmen zur Verfügung, 165 Millionen Euro davon seien Landesmittel, der Rest Kompensationszahlungen des Bundes nach der Föderalismusreform.

2009 konnte für rund 12.000 Haushalte eine neue Wohnung oder ein Heimplatz geschaffen oder modernisiert werden. Die Wohnraumförderung lag damit trotz des deutlichen Rückgangs bei der Wohnungsbautätigkeit auf der Höhe der Vorjahre und habe sich als wichtige Stütze des Wohnungsbaus, aber auch der Baukonjunktur erwiesen. Diese Anstrengungen des Freistaates Bayern reichten aber nicht. Auch der Bund sei in der Pflicht, da er auch nach der Föderalismusreform für wichtige Rahmenbedingungen des Wohnungsbaus zuständig sei. Innenminister Herrmann fordert vom Bund eine Wiedereinführung der degressiven Abschreibung im Mietwohnungsbau, verbunden mit flankierenden steuerlichen Maßnahmen zur Förderung der Klimaschutzziele. Er erwartet sich davon eine Reihe positiver Effekte. So würde Kapital, das seit Beginn der Finanzkrise sichere Anlagemöglichkeiten sucht, verstärkt in den Wohnungsbau investiert werden, die Baukonjunktur würde gestützt und umweltschonendes Bauen würde neue Impulse erhalten. Vor allem aber erhielte die Wohnungsbautätigkeit einen deutlichen Schub und die Mietpreissteigerungen würden gedämpft. Darüber hinaus fordert Innenminister Herrmann, dass die im Koalitionsvertrag bis Mitte der Legislaturperiode terminierte Entscheidung über die Kompensationszahlungen des Bundes zugunsten der Wohnraumförderung getroffen werde. Auch nach 2013 müssten die Kompensationsmittel zweckgebunden für die Wohnraumförderung geleistet werden.

Auch nach 2013 müssten die Kompensationsmittel zweckgebunden für die Wohnraumförderung geleistet werden.

red.

Weitere Beiträge als PDF

Gerda Hasselfeldt, MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Sigrid Koeppinghoff, Stellvertretende Leiterin der Abteilung Wohnungsbau,

Wohnungs- und Siedlungsentwicklung im Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Eckart Meyberg, Leiter des Referats Wohnungswesen im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, Länderbeispiel Baden-Württemberg:

Norbert Scharbach, Leiter der Abteilung für Städtebau, Bau und Wohnungswesen im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein